

Was wird im Westen?

Die gespannte Aufmerksamkeit der ganzen Welt ist auf die Vorgänge an unserer Westfront gerichtet, wo aber kurz oder lang die endgültige Entscheidung über Krieg und Frieden fallen muß. Durch den Abbruch des Friedens mit Rumänien ist an der ganzen Ostfront Waffenruhe eingestellt, da weder in Finnland noch in der Ukraine von uns selbständige Unternehmungen durchgeführt werden, sondern nur Unterführungen auf Bitten der Bevölkerung gestattet werden sind. Die Operationen an der Saloniki- und Galizianfront sind untergeordneter Natur. Es bleibt als vorwiegend nur noch die Westfront für uns übrig. Unsere Offensive ist in den letzten Tagen zur Ruhe gekommen, ohne daß sie bedrohlich vor uns gelandete hätte. Eine Schlacht von so ungeheurer Ausdehnung — was Menschenmaterial, Raum und Kriegsmittel aller Art anbelangt — kann nicht in wenigen Tagen entschieden werden. Die Vorbereitungen und Pläne aller kriegsführenden Völker sind zu groß, als daß sie auf der einen oder anderen Seite im ersten Anlauf vernichtet werden könnten.

Häufiger handelt es sich um Schlachten der Gattung, die nicht nur zu einem Ringen der Völker ausgewachsen, sondern haben, je länger der Krieg dauert, immer mehr den Charakter von Schlachten ganzer Erdteile angenommen. Dies drückt sich nicht nur in Umfang der einander im Felde gegenüberstehenden Menschenmassen aus, sondern hauptsächlich in der Größe der Verluste, die Seiten erlitten können, in der Unerschöpflichkeit des Nachschubes und der Mitarbeit des gesamten Hinterlandes. Diese Organisation ganzer Erdteile lediglich zur Kriegszwecke drückt naturgemäß jedem großen Ringen der Völker ihren Stempel auf.

Darum muß eine Entscheidungsschlacht nicht nur den im Felde stehenden Feind berücksichtigen und den Sieg über ihn sichern, sondern sie muß eine Art großer Vernichtungskämpfe darstellen, die dem Feinde die Möglichkeit abzuschlagen rauben. Der erste Teil der großen Schlacht in Frankreich hat uns den vollen Sieg im Rahmen des Ertrittenen gebracht und den Feind nicht nur durch ungeheure Verluste an Menschen, Land und Kriegsmaterial geschwächt, sondern darüber hinaus unsere Front wesentlich durch Verbesserungen unserer Stellungen geschwächt, wie sie z. B. die Eroberung des Kemmel durch die Frontverbesserung, die den Feind in schlechtere Stellungen zwang, in ihr die Weiterentwicklung der Schlacht von hoher Bedeutung, denn sie stellt das Sprungbrett dar, von dem aus zu gelegener Zeit der neue Ansturm unserer Truppen erfolgen kann.

Der Feind hat inzwischen starke Anstrengungen unternommen, um sich in ungeliebten Anstrengungen ab, um das gewonnenen günstige Gelände wieder zu erobern. Zu einem großen und einheitlichen Gegenstoß hat sich noch nicht entschlossen, aber nicht ausschließen können. Diese Abwehr des Feindes kann als eine nicht unwichtige Operation angesehen werden, der vielleicht nicht weniger Bedeutung zukommt als dem ersten siegreichen Stoß. Wir haben derartige Verluste großer Schlachten bereits in früheren Kriegsjahren bei den Kämpfen in Flandern beobachtet können, wo auch nach gewöhnlichem Stoß siegreiche Abwehrkämpfe einsetzten, bevor neue Dinge in Fluss kamen.

Die Kriegslage im Westen ist somit außerordentlich günstig, und ihre Weiterentwicklung wird zur rechten Zeit nicht vom Feinde, sondern von unserer Herrschaft bestimmt werden.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die vom Bundesrat angenommene Vorlage auf Abänderung des Gesetzes über die Gewährung einer Entschädigung an die Mitglieder des Reichstags sieht eine Erhöhung von 3000 auf 5000 Mark jährlich vor. Begründet wird diese Erhöhung mit der Verteuerung aller Lebensverhältnisse. Die Erhöhung erstreckt sich jedoch nur auf die jeweilige

laufende Legislaturperiode und muß beim Beginn einer neuen Periode neu beschlossen werden. Die Auszahlung der erhöhten Entschädigung ist so gedacht, daß die Monatsraten von Dezember bis April, die bisher je 400 Mark betragen, verdoppelt werden sollen.

Am Reichstagsauschuß zur Vorbereitung des Branntweinmonopols fand die Abstimmung über den entscheidenden § 1 statt, nach dem der im Inland hergestellte Branntwein aus der Brennerei zu einem Übernahmepreis an das Reich abzuliefern ist. Die Verarbeitung von Branntwein zu Trinkbranntwein und der Handel mit Trinkbranntwein soll ausschließlich dem Reich zugehen und für Rechnung der Monopolverwaltung betrieben werden. Dieser Paragraph wurde mit 14 gegen 12 Stimmen angenommen. — Der Auschuß für die Beratung des Weinsteuergesetzes befaßt sich vom 1. April 1920 ab wieder von den Einzelstaaten, nach von den Gemeinden Abgaben auf Wein erhoben werden dürfen. Die Entschädigungsfrist für die Bundesstaaten, die vor 1913 eine Weinsteuereinführung hatten, wurde bis 1929 ausgedehnt. Zur Bekämpfung der Weinschädlinge sollen aus den Erträgen der Weinsteuern 300 000 Mark verwendet werden.

Polen.

In Warschau fanden in diesen Tagen unter Vorsitz des Verfassungsschreibers Grafen Steinmeier Beratungen in der Frage der Übergabe der Verwaltung in polnische Hände statt. Das Ergebnis der Beratungen war folgendes: Gewisse Zweige der Verwaltung können den polnischen Behörden gleich nach Erlangung der Genehmigung der Zentralbehörden der Alliiertenmächte in Berlin und Wien übergeben werden. Andere, die sich grundsätzlich schon jetzt zur Übertragung eignen, bedürfen der Besprechung der Einzelheiten, die in besonderen Kommissionsberatungen erfolgen soll. Andere wieder werden erst mit dem Augenblicke der Übernahme der gesamten Verwaltung durch die polnischen Behörden übergeben werden können.

England.

In einer großen von Tausenden besuchten Versammlung wurde die Unabhängigkeit Irlands öffentlich vor aller Welt verlangt. Der Führer Devola hielt eine Rede, in der er die Iren aufforderte nicht nur die Wehrpflicht, sondern alle englischen Gesetze, ob sie nun oder schlecht, zurückzuweisen. Diese Äußerungen wurden mit durchdringenden Zurufen aufgenommen, aber selbst in Augenblicke der größten Erregung wies die große Menschenmenge eine nüchterne Zurückhaltung auf, wie man sie in irischen politischen Versammlungen nie erlebt. Das Volk schenkt sich der schweren bevorstehenden Gefahr bewußt zu sein. Seine Haltung war nicht die von heillosen Kranken, sondern die der festen juchzenden Entschlossenheit.

Holland.

Auf Anträgen in der Zweiten Kammer über Verhandlungen mit Deutschland antwortete der Minister des Auswärtigen Loubon, die Regierung habe das Verhältnis zu Deutschland wegen des Nachdrucks, mit dem die deutsche Regierung ihre Wünsche, die sich teilweise sofort als unannehmbar erwiesen, äußerte, als gespannt empfunden. Die deutsche Regierung habe durch ihren Gehalt im Haag sowohl dem Vorliegenden des Ministerials als auch dem Minister des Auswärtigen zu verstehen gegeben, daß es sich um einen nach gründlicher Überlegung sehr komplizierten Komplex von Fragen handle, die als Rückforderung, von der nichts nachgelassen werden könne, als Ganzes angenommen werden müßten. Der Minister des Auswärtigen erklärte zum Schluß, daß er sich zur Genüge davon überzeugt habe, daß die jetzt mit Deutschland getroffenen Vereinbarungen über die Durchfuhr über niederländisches Gebiet besonders von Land und Meer nicht zu führen werden, daß die alliierten Regierungen den Niederlanden neue Schwierigkeiten in den Weg legen werden.

Belgien.

Die Pariser „Humanität“ veröffentlicht einen Aufruf der in Frankreich anwesenden belgischen

Sozialisten gegen das Bestreben, den Verleumdungskrieg in einen Eroberungskrieg zu verwandeln. Er erklärt, daß die belgische Arbeiterklasse beschlossen habe, die Politik des Schweigens und der Untätigkeit aufzugeben. Der Aufruf verlangt verstärkte Überwachung der Regierung durch das Parlament, nimmt dem Vordrängen der alliierten Sozialisten zu, fordert als Bedingung für einen dauerhaften Frieden die Beseitigung der Nationalen nach Wilsons Grundgedanken und den sofortigen Zusammenbruch einer internationalen sozialistischen Konferenz zur Vorbereitung des Friedens.

Russland.

Auf Grund der allgemeinen Unruhe vom 1. Mai wurde eine große Zahl der in den Gefängnissen befindlichen politischen und Kriminalverbrecher freigelassen. In Petersburg wurden die früheren Minister des Regimes der Romanows und Kerenski in Freiheit gesetzt, ausgenommen die wegen Hochverrats und Betrugs verurteilten. Der ehemalige Kriegsminister Suchomlinow erhielt von seiner Verurteilung an dem Tage, an dem er aus dem Gefängnis entlassen wurde, die Freiheit zurück. Die anderen Teilnehmer an dem Anschlag gegen die Sowjets sind in Freiheit gesetzt worden.

Marinefragen.

Sitzungsbericht aus dem Reichstage. — 19. April 1920.

Der Reichstag hat heute die Beratung des Marineetats begonnen. Staatssekretär v. Capelle gab auch bei dieser Gelegenheit noch einmal einen Überblick über das Ergebnis und die

Ausfichten des uneingeschränkten U-Boot-Krieges.

Auch das April-Ergebnis werde, soweit die Nachrichten bisher vorliegen, günstig abschließen. Die Verluste seien nicht so groß, daß nicht der Zuwachs sie weit überwiege, kurz, unsere Seemacht werde heute weit stärker da als bei Beginn. Der U-Boot-Krieg wachse sich mehr und mehr zu einem Kampf zwischen dem U-Boot und der Neubauleistung unserer Feinde aus, aber die Vernichtung von selbständigen Schiffen übertrifft ständig die Neubauten um ein Vielfaches, und da die gesamte dazu geeignete Kriegsinindustrie in den Diensten des U-Boot-Krieges gestellt sei und auch lehrreicher gestellt werde, könne der Erfolg nicht ausbleiben. Auch wenn der Engländer nach dem Verlust des Seefrieg fortsetzen und siegen wolle, werde das U-Boot keine Schuldigkeit tun.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Wiebel beschränkte sich auf

Beamtensfragen.

Staatssekretär v. Capelle erklärte, in der Hauptsache für die Beamten sei die Marineverwaltung selber auch von der Reichsfinanzverwaltung und vom preussischen Finanzministerium abhängig.

Der Volksparteier Weinhausen ging ebenfalls, in mehr als 150-stündiger Rede, auf die Wünsche und Beschwerden der Beamten ein, betonte aber gleich zu Anfang, daß das deutsche Volk volles Vertrauen zu unserer Flotte habe, daß sie jeden Versuch des Feindes, an unsere Küsten heranzukommen, abzuwehren werde. Besonderer Dank gebühre dem U-Boot, Torpedoboot- und Minenboot-Verbindungen.

Die Behauptung Weinhausens, daß in einzelnen Werften „schwarze Listen“ geführt würden, bestritt der Staatssekretär, als er näher das Wort ergab. Ebenso erklärte er Abmachungen für unzulässig, die in Zusammenhang mit der Kaiserlichen Werft und der Schiffs-Werft bestehen sollen, wonach die eine Werft von der anderen keine Arbeiter annehmen sich verpflichtet haben soll. Auf eine weitere Anfrage Weinhausens erklärte Admiral Heßlinghaus, daß an die Abschaffung des einjährigen Dienstes in der Marine nicht gedacht werde. Der Zentrumsdag, Schirmer bezeugte es in einer nicht minder langen Rede schon als Tatsache, daß jetzt auch im Reichsmarineamt Besprechungen mit den Vertretern der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen stattfinden und

führt dann auch seinerseits eine Fülle von Einzelheiten an.

In das Hochpolitische vertiefte sich die Debatte am Schluß der Sitzung bei den letzten Rednern.

Der konservative Abgeordnete Rapp, wie der nationalliberale Dr. Stresemann traten für die unbedingte Durchführung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges als das einzige Mittel, England von dem Ausbürgerungskrieg abzubringen, ein. Herr Rapp protestiert auch gegen jeden Frieden, der uns diese Waffe ohne aus der Hand schlagen wolle. Er verlangt die

Kontinuation des U-Boot-Krieges

auch während eines evtl. Waffenstillstandes und er ist endlich der Meinung, daß ein Frieden überhaupt nicht möglich sei, ehe England und Amerika „ausreichende“ Friedensbedingungen vorgebracht. Herr Stresemann hat offenbar ähnliche, wenn auch nicht so ausgeprägte Hoffnungen auf den U-Boot-Krieg. Im Gegensatz dazu vertritt der unabhängige Sozialdemokrat Bogtherr, daß der Frieden im Westen anders aussehen werde, als er sich in den Köpfen der Vorbereiter male. Alle Besprechungen bezüglich des uneingeschränkten U-Boot-Krieges seien unerfüllt geblieben, alle Besprechungen über seine Folgen in Erfüllung gegangen. — Die Aussprache wird in einer neuen Sitzung fortgesetzt.

Verschiedene Kriegsnachrichten.

Die Beschießung von Paris.

Unabhängig von den Pariser Kämpfen, was es bedeutet, daß Frankreich im Kriege steht. Die Wirkung der Ferngeschosse wird von vielen Seiten immer mehr zugegeben. Ein Augenzeugenbericht, wie Granaten beim Ausstreifen auf ein Gebäude zwei Stockwerke durchschlugen und auf ihrem Wege alles vernichteten. Die Flucht der Bevölkerung hält an. Auch einige Militärbehörden haben ihren Sitz bereits von Paris verlegt. Die Störungen durch die Beschießungen waren schon Ende März so groß, daß weder Untergrund- noch Straßenbahn regelmäßig verkehren konnte. Auch den Frachtwagen war es nicht mehr möglich, ihren Betrieb zu bestimmter Stunde zu beginnen. Daher haben viele Werke, die nicht für den Kriegsbetrieb arbeiten, es vorgezogen, zu schließen. So sind allein durch Schließung einer Spielwarenfabrik acht-hundert Leute brotlos geworden.

Wachsende Lebensmittelnot.

In der letzten Sitzung der französischen Kammer wurde bezeichnet der Deputierte Lafont die Verrottung der Arbeiter als unzureichend, namentlich in einigen Städten, wo sie nur 200 Gramm täglich betrage. Man müsse die Einschränkungen im Fleischverbrauch strengstens innehalten oder sofort zur Einführung der Fleischkarte übergehen. Sodann ergab der Verordnungsminister Lorel zu einer eingehenden Darstellung der Lage das Wort. Er führte aus, er sei geneigt, zu erklären, daß die Lage des französischen Viehbestandes geradezu hoffnungslos sei. Die Transportmittel seien so beschränkt, daß man darauf verzichten müsse. Fleisch aus Amerika, Neuseeland, Argentinien und Madagaskar nach Frankreich einzuführen, sei England sei im vorigen Jahre ein Abkommen über 240 000 Tonnen Fleisch abgegeschlossen worden; man habe aber nur 160 000 Tonnen einführen können. 1918 habe man anstatt der vorhergesehenen 80 000 Tonnen nur 50 000 einführen können.

Amerikas Hilfe.

Das in Amsterdam erscheinende Blatt der britischen Internierten „British News“ meldet aus London: Von unterirdischer Seite wird mitgeteilt, daß die britischen Befehlshaber von den Vereinigten Staaten vor die Wahl gestellt wurden, ob sie das amerikanische Heer sofort zur Unterstützung an der Verteidigung der Front in Frankreich zur Verfügung gestellt haben oder ob sie die Front solange halten wollten, bis ihnen das ganze fertig ausgebildete amerikanische Heer zu Hilfe kommen würde. Man entschied sich für das letztere.

Der Halbherr von Lubenow.

17) Roman von Richard S. S. S.

Ein schillernder Redner ging durch die Gassen des Verhörens; seine Hände ballten sich und es hatte den Anschein, als wolle er sich auf seinen Besieger stürzen. Doch im letzten Augenblick bezwang er sich und den Arm Morimers nehmend sagte er so laut, daß es jeder Anwesende hören konnte: „Komm, mit einem Besessenen spricht man nicht.“

Herr Hartenberg ließ einen unartikulierten Schrei aus und stürzte mit geballten Fäusten auf seinen Gegner zu. Morimer von Langwig und ein paar andere Klubmitglieder sprangen dazwischen und verhinderten den Vorrücken zu Täuschlichkeit. Es gelang ihnen, ihn so weit zu beschwichtigen, daß er wieder am Tisch Platz nahm. Morimer von Langwig aber und Karl gingen zu das Spielzimmer, hielten eine Weile mit und verließen dann den Klub.

Am andern Vormittag erhielt Karl Lubenow den Besuch von zwei fremden Herren, die im Namen des Grafen Hartenberg von ihm die Geldsumme forderten, daß er mit seiner Unterstützung; mit einem Besessenen spricht man nicht, den Herrn Grafen nicht gemeint habe.

„Ich bedaure diese Geldsumme nicht geben zu können“, erklärte Karl Lubenow, ohne sich zu beunruhigen.

„Sie haben also mit Ihrer Bemerkung den Herrn Grafen treffen wollen?“ fragte der ältere der beiden Herren.

„Ja.“

Der Wortführer der beiden Angehenden des Grafen zeigte eine sehr hochmütige Miene.

„In diesem Falle müssen wir Sie eruchen, Ihre Bemerkung mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückzunehmen.“

Prompt und kurz erfolgte die Antwort: „Ich habe nichts zurückzunehmen.“

„Nun dann —“ der Sprechende richtete sich kraft in die Höhe — „Aber bringe ich Ihnen hiermit die Forderung des Herrn Grafen und eruche Sie zugleich, um Ihren Herrn Vertreter zu nennen, mit dem wir uns bezüglich des weiteren in Verbindung setzen können.“

Der Gelehrte nannte seinen Schwager Morimer v. Langwig und die beiden Herren empfahlen sich mit frohlicher Höflichkeit.

Karl Lubenow stand noch eine ganze Weile mitten im Zimmer und starrte mit düsterem Blick den Dahingehenden nach. Dann griff er sich plötzlich mit der Hand an die Stirn und sagte laut aus: „Was es nicht komisch? Er sollte sich ducken wegen eines unbedeutenden Wortwechsels mit einem Besessenen? War das nicht die reine Komödie? Er redete sich unwillkürlich straf in den Schültern und ein stolzes Gesicht wolle in seiner Brust auf. Aber diese Meinung wurde sehr rasch von einer Empfindung dummer Vellommenheit abgelöst. Der Ernst der Situation hatte ihn und mit einem Seufzer gedachte er sich. Wenn sie ohne! Das Gedächtnis der sich in ihren Worten bewegenden Tat ihn auf seinem Gefühle. Es war Götz, die Lebhaft eintrat.“

„Was wollten die beiden Herren von dir?“

Sie bemerkte seine ernste Miene. „Dast du Ärger gehabt, Karl?“

„Er zwang sich zu einem Nicken. „Aber nein!“ Er handelte sich nur um eine Kläglichkeit. Die Herren und von Hartenberg. Die Geschichte ist wirklich nicht so wichtig.“

„Er wandte sich zur Tür seines Arbeitszimmers. „Ich habe heute zu Hause zu arbeiten. Bitte, sage dafür, daß ich nicht gestört werde.“

„Auf der Türschwelle drehte er sich noch einmal um. „Nichtlich Morimer darf herein... falls er kommen sollte wegen der — der Kläglichkeit.“

Vor seinem Schreibtisch liegend, stammte Karl beide Arme auf und begann zu schreiben. Das alles war so überraschend schnell gekommen, daß er mit dem Gedanken noch gar nicht recht vertraut werden konnte. Noch nie in seinem Leben hatte er mit einem Duelle zu tun gehabt und nun sollte er selbst mit der Pistole in der Hand auf den Kampfplatz treten. Weil ein handlungsfähiger Mensch, von Spielverlust und Wein ergriff, einen Streik mit ihm vom Jahre gebrochen, deshalb sollte er nun sein Leben auf Spiel setzen. Arme Götz! Wie würde sie es ertragen, wenn er aus dem Kampfe nicht mehr zurückkehren würde? Welche Furchen durchzähnen den Einsenden und das Herz Kopf ihm bellig. Wie er sie liebte und wie unendlich glücklich ihre Liebe ihn machte! Und alles das sollte er auf Spiel setzen um eines Menschen willen, der ihn doch nur um sein Geld beneidete... Er wollte ihn dann zwingen, sich dem Herrn Grafen zu stellen, bedenklich nicht viel zu verlieren hatte. Er dachte so nur einfach zu verlieren; ich nicht will.

„Ich schlage mich nicht, ich bin ein Gegner des Duelle...“

„Aber dann gemannen wieder Ermahnungen entgegengelesener Natur bei ihm. „Was würde Morimer, was sein Schwager, Baron Langwig, dann sagen, wenn er „Nein“? Und sollte er seinem Gegner, dem Grafen Hartenberg, das Recht geben, ihn einen Feindling zu nennen?“

Ein paar Stunden hatte der Grafelinde in diesem leichten Jodelpoker hingebachtet, als plötzlich die Tür heilig aufgerissen wurde und Morimer, ganz rot vor Ärger und Wut hereinströmte. „Sieh deinem Schwager rasch näher. Heute er, nachdem er sich durch einen Brief auf die Tat überzeugt hatte, daß ihm niemand folgen, mit unterdrückter Stimme: „Nicht in Ordnung! Wir haben uns ziemlich schnell geeinigt. Morgen früh halb acht Uhr. Nebenhaus im Herrenwald, Paulshorn. Manzig Schrift. Duelle dreimaliger Angelwischel. Du bist doch ein Feindling?“

Karl war ganz bestürzt und brachte nur die kurze Erwiderung über die Lippen: „Morgen schon?“

Der Regierungsratendag zog sehr wichtig seine Augenbrauen in die Höhe.

„Ja, mein Herr, das ist nun einmal so. Morgen früh. Ein Duell muß möglichst vierundzwanzig Stunden nach erfolgter Herausforderung stattfinden, wenn nicht ganz genügende Gründe zu einem Aufschub vorliegen. Na und die Grafelinde legen das nicht vor?“

„Nein!“ rief Karl nach kurzem Bedenken hervor.

Morimer nicht vergnügt, offenbar mit

